

# DAS FISKALPAKT-REFERENDUM IN IRLAND

## RETTUNGSSEIL NACH AUFSTIEG UND FALL DES „CELTIC TIGER“?

*Dieter W. Benecke*

Am 31. Mai 2012 hat die irische Bevölkerung in einem Referendum mit einer Mehrheit von 60 Prozent zugestimmt, dass die Regeln des europäischen Fiskalpakts in Irland künftig gelten und Gesetzescharakter bekommen. Für Irland und die anderen Länder der Europäischen Union ist der am 9. Dezember 2011 von 25 der 27 Staats- und Regierungschefs der EU beschlossene Fiskalpakt, „Treaty on Stability, Coordination and Governance in the Economic and Monetary Union“, von großer Bedeutung, wenn man die EU und den Euro erhalten will.

### NOTWENDIGKEIT UND VORBEREITUNG DES REFERENDUMS ÜBER DEN FISKALPAKT

Die im März 2011 gebildete neue Regierung Irlands hatte dem Fiskalpakt in Brüssel zugestimmt und angekündigt, die Fiskalpakt-Regeln in jedem Falle anwenden zu wollen, auch wenn dies nicht explizit gesetzlich vorgeschrieben sei, da sie Haushaltsdisziplin und Abbau der Schulden, verbunden mit Wachstumsinitiativen, für unumgänglich halte.

In Artikel 3, Absatz 2 des Fiskalpakts wird explizit eine „vorzugsweise verfassungsmäßige“ Bindung der teilnehmenden Regierungen an die Regeln genannt. Die Fiskalpakt-Regeln sind „in das nationale Gesetzssystem einzubauen“. Auf Grund dieser Paktregeln hätten die Gegner des Fiskalpakts in Irland sicherlich die Möglichkeit einer Verfassungsklage



Dr. Dieter W. Benecke, Ökonom und Politologe, lehrte an mehreren Universitäten in Deutschland und Lateinamerika. Er war in leitender Funktion bei der Konrad-Adenauer-Stiftung und als Vorstand von Inter Nationes tätig.

genutzt.<sup>1</sup> Um dies zu vermeiden, folgte die Regierung dem Hinweis des Staatspräsidenten und des Oberstaatsanwalts, dass möglicherweise die Verfassung von der Verpflichtung betroffen sein könnte, und kündigte ein Referendum an. Zudem war Eile geboten, da der Fiskalpakt bereits ab 1. Januar 2013 in Kraft treten soll und eine Entscheidung des Verfassungsgerichts wohl kaum bis zu diesem Zeitpunkt zu erwarten war.

In Irland muss seit der neuen Verfassung von 1937 nach Artikel 47 jeder Vorschlag zu einer Gesetzesänderung, die die Verfassung berührt, der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt werden. Bisher wurden 29 Referenden abgehalten, unter anderem über den Lissabon-Vertrag, der in einem ersten Referendum 2008 mit 53,4 Prozent abgelehnt wurde.<sup>2</sup> Die Zustimmung wurde erst durch ein zweites Referendum 2009 erreicht, dann allerdings deutlich mit 67,1 Prozent.<sup>3</sup>

Der Fiskalpakt nimmt die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts (Maastricht-Vertrag) wieder auf, der vorgesehen hatte, dass die Euro-Länder ihr Budgetdefizit auf maximal drei Prozent und ihre Staatsschulden auf maximal 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts begrenzen sollen. Ver-

- 1 | Die Fiskalpakt-Gegner akzeptieren zwar das Ergebnis des Referendums, versuchen aber, es zu unterlaufen, und haben nun ein Gerichtsverfahren angestrengt, um die Verfassungsmäßigkeit der europäischen Finanzstabilisierungsinstrumente ESM und ESFS überprüfen zu lassen.
- 2 | Die damalige Regierung ging von einem „Selbstläufer“ aus und versäumte es, die Bürger über den Inhalt hinreichend zu informieren. Ein früherer Minister ging so weit, öffentlich zuzugeben, dass er den Vertrag nicht einmal gelesen, geschweige denn verstanden hätte.
- 3 | Auch bei der Abstimmung über den Vertrag von Nizza bedurfte es zweier Referenden: Beim ersten Referendum 2001 wurde der Vertrag mit 53,9 Prozent abgelehnt, beim zweiten mit 62,9 Prozent angenommen. Früheren EU-Verträgen wie dem über den einheitlichen Markt (1987), dem Maastricht-Vertrag (1992) und dem Vertrag über dessen Weiterentwicklung von Amsterdam (1998) wurde hingegen im ersten Verfahren zugestimmt. Andere Beispiele von Referenden mit hoher politischer Bedeutung sind diejenigen über den Verzicht auf eine vorher in der Verfassung angemahnte Vereinigung mit Nordirland (1998) und die Abschaffung der Todesstrafe (2001). Referenden werden aber auch abgehalten, wenn es um gesellschaftliche Belange geht. So wurde zum Beispiel ein Referendum über die Möglichkeit der Scheidung durchgeführt, das 1995 mit 51 Prozent pro Scheidungsmöglichkeit denkbar knapp ausfiel.

schärft werden soll die Maastricht-Regel, 1992 als Berechtigung eines Landes für die Einführung des Euro gedacht, auf Grund der augenblicklichen Finanzkrise dahingehend, dass Regierungen, die die Maastricht-Regeln nicht beachten, von dem Europäischen Gerichtshof verklagt und gegebenenfalls mit einer Strafe belegt werden können, wobei nicht wie bisher die Regierungen der Mitgliedstaaten zustimmen, sondern im Fall der Ablehnung einer Bestrafung ein psychologisch schwierigeres Veto einlegen müssen. Eine weitere Maßnahme zur Budgetdisziplinierung liegt darin, dass künftig die jährliche Neuverschuldung (das strukturelle Defizit) auf 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts begrenzt werden soll.

Naturgemäß meldeten sich in der seit Mitte April verschärft im Parlament und in den Medien geführten politischen Debatte die Gegner des Lissabon-Vertrags wieder zu Wort. Ihnen war es 2008 gelungen, ein erstes Referendum für den Lissabon-Vertrag scheitern zu lassen. Der „Schreck“, der damals durch die irische Gesellschaft fuhr, möglicherweise nicht mehr zur Europäischen Union gehören zu dürfen, die den heutigen Wohlstand des Landes erst ermöglicht hatte, veranlasste die damalige Regierung, die Bevölkerung ein zweites Mal abstimmen zu lassen, wobei die nun „aufgeschreckten“ Iren mit 67,1 Prozent für den Lissabon-Vertrag votierten. Damals war das Hauptargument der Gegner des Vertrags von Lissabon der Verlust der Souveränität, ein in Irland immer noch heikles Thema, da das Land sich zwar bereits 1919 nach zahlreichen Aufständen und einem Guerillakrieg gegen die britische Besatzungsmacht für unabhängig erklärt hatte, aber erst am 6. Dezember 1921 im Anglo-Irish Treaty die Unabhängigkeit von Großbritannien erhielt.

**2008 war das Hauptargument der Gegner des Vertrags von Lissabon der Verlust der Souveränität, ein in Irland immer noch heikles Thema.**

Dieses Souveränitätsgefühl war auch bei dem Referendum über den Fiskalpakt ein wichtiges Argument der Fiskalpakt-Gegner. Hinzu kam nun allerdings das Argument, dass dies kein Stabilitäts- und Wachstumsanreiz sei, sondern lediglich der Sparkurs verschärft werde, was zu einem Abbau der Sozialleistungen und zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit führen werde. Wortführer eines Nein im Referendum waren einige – nicht alle! – Gewerkschaften und drei Parteien, die nationalistische Partei Sinn Féin (14 von insgesamt 166

Parlamentssitzen),<sup>4</sup> die links-extreme Sozialistische Partei (zwei Sitze) und die ebenfalls linke Alliance People before Profit (zwei Sitze).



Die Sozialistische Partei blieb mit ihrem Werben um eine Ablehnung des EU-Fiskalpakts ebenso erfolglos wie die nationalistische Partei Sinn Féin. | Quelle: William Murphy (CC BY-SA).

4 | Sinn Féins nationalistischer Charakter würde in vielen Ländern als „rechts“ oder konservativ gedeutet. Dies ist nicht der Fall. Vielmehr hat sich die Partei in zunehmendem Maße sozialen Problemen zugewandt. „Nationalistisch“ bedeutet in diesem Falle, dass die Partei, die früher mit den militärischen und Guerrilla-Anschlägen der Irish Republican Army (IRA) in Nordirland und Großbritannien in Verbindung stand, nach wie vor mit der inzwischen friedlicheren IRA identifiziert wird und weiterhin eine Wiedervereinigung der irischen Insel anstrebt. Sinn Féin erlebt eine wachsende Wählerzustimmung, die sich bereits bei der letzten Parlamentswahl 2011 äußerte, sich bei der Präsidentschaftswahl dank eines sehr gut argumentierenden, allerdings erfolglosen Kandidaten (Nordirlands Vize-Premierminister Martin Mc Guinness) verstärkte und nochmals zunahm auf Grund ihrer Nein-Kampagne vor dem Referendum. Hierbei fühlten sich die ökonomisch schwächeren Wähler besser durch Sinn Féin repräsentiert als durch die ihnen ursprünglich näher stehende Labour Party, die für die Annahme des Fiskalpaktes plädierte. In einer Umfrage kurz vor dem Referendum erreichte Sinn Féin erstmals eine Akzeptanz von 24 Prozent der Wähler (zuvor zwischen zehn und zwölf Prozent schwankend). Die Zustimmung für Fine Gael war von 38 auf 34 Prozent, die für die Labour Party von 33 auf 19 Prozent gesunken. Vgl. *The Irish Times*, 28.05.2012. Der Versuch von Sinn Féin, das Referendum per Gerichtsbeschluss zu verschieben, scheiterte, als eine 60-prozentige Zustimmung signalisiert wurde.

Die Regierung hatte aus der Erfahrung ihrer Vorgängerin bei dem Referendum über den Lissabon-Vertrag gelernt, mehr Informationen vorbereitet und angekündigt, ein zweites Referendum über den Fiskalpakt werde es nicht geben. Unterstützter des Fiskalpakts sind die Regierungsparteien Fine Gael (77 Sitze) und Labor Party (38 Sitze) sowie die jetzt in der Opposition sitzende frühere Regierungspartei Fianna Fáil (20 Sitze). Einige Gewerkschaften hatten sich mehr nolens als volens („the gun at our head“), aber die Realitäten erkennend, entschieden, ihren Mitgliedern ein Ja zu empfehlen. Ebenfalls pro Fiskalpakt argumentierten die Unternehmerverbände, hier besonders der Finanzservice-Verband, geleitet vom früheren Ministerpräsidenten John Bruton (Fine Gael), und der Bauernverband.

**Einige Gewerkschaften hatten sich mehr nolens als volens entschieden, ihren Mitgliedern ein Ja zu empfehlen. Ebenfalls pro Fiskalpakt argumentierten die Unternehmerverbände.**

Die Argumente pro Fiskalpakt sind, verkürzt gesagt, folgende:

- Haushaltsdisziplin ist notwendig und wird durch den Fiskalpakt erzwungen.
- Nur bei Abbau der Schulden können die von der Schuldenbedienung frei werdenden Mittel konstruktiv genutzt werden.
- Nachhaltiges Wachstum und mehr Beschäftigung sind nur bei Schuldenabbau möglich.
- Ausländische Investoren könnten bei einem Ausscheren aus dem Fiskalpakt Zweifel an der Verlässlichkeit der Iren bekommen und Irland nicht mehr im gleichen Maße als Brücke zum gemeinsamen europäischen Markt betrachten.
- Der 2010 abgeschlossene Bürgschaftsvertrag (*Bailout*) Irlands mit der EU und dem Internationalen Währungsfonds verlangt Haushaltsdisziplin; anderenfalls sind die noch fälligen Auszahlungen gefährdet.
- Eine Ablehnung des Fiskalpakts würde den Zugang zur Solidarität der anderen EU-Partner, besonders aber zum Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) verbauen, denn nur die Akzeptanz des Fiskalpakts ermöglicht die Nutzung der ESM-Mittel. Auf die dadurch für das Land entstehenden Kosten hatten mehrere renommierte Ökonomen des Landes in zahlreichen Zeitungsartikeln hingewiesen.

Die Regierung hat durch neue Beschäftigungs- und Investitionsinitiativen klar gemacht, dass es ihr nicht nur auf das Sparen, sondern auch – und in besonderem Maße – auf das Wachstum ankommt. Sie bezeichnet den Fiskalpakt als Stabilitäts- und Wachstumspakt, die Gegner hingegen versuchten, ihn als reinen Sparpakt zu diskreditieren. Dabei wiegten sich die Fiskalpakt-Gegner, ähnlich wie der Führer der griechischen Linkspartei Syriza, Alexis Tsipras, in der Illusion, dass die irische Regierung den Fiskalpakt neu verhandeln könne und dass man sicher auch ohne Zustimmung zum Fiskalpakt Zugang zum ESM hätte, weil die EU-Partner, wie Griechenland bewiesen habe, kein Euro-Land fallen ließen.

Rückenwind für ihre Kampagne erhofften sich die Fiskalpakt-Gegner von der Regierungskrise in den Niederlanden, von der Wahl François Hollandes in Frankreich und von der Wahl am 6. Mai 2012 in Griechenland, bei der fast zwei Drittel der Bevölkerung Parteien ihre Stimme gegeben hat, die der Sparpolitik feindlich gegenüberstehen. Deutschland wurde, allerdings von weniger wichtigen Personen, auch in Irland als Gegner einer flexibleren Regelung angefeindet. Die Fiskalpakt-Gegner hofften, eine EU-Front gegen den Kurs der Haushaltsdisziplin aufbauen zu können, denn nur Mehrausgaben, also im irischen Falle mehr Schulden, würden einen konjunkturellen Aufschwung und einen Abbau der Arbeitslosigkeit ermöglichen (in Irland zur Zeit 14 Prozent). Geflissentlich übersehen wurde dabei, dass gerade die am höchsten verschuldeten Länder Europas die höchsten Arbeitslosenraten aufweisen.

Die öffentliche und in den Medien geführte Diskussion war in hohem Maße aufgeheizt. Da zudem bei einem Referendum erfahrungsgemäß auch andere als die zur Abstimmung stehenden Aspekte das Votum zu beeinflussen pflegen, war es nicht sicher, welchen Einfluss die von der Regierung bereits ergriffenen Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen haben würden<sup>5</sup> und welchen Einfluss die Links-Parteien bei dem-

5 | Beide Maßnahmen haben laut Umfrage der *Irish Times* vom 28.05.2012 die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Arbeit der Regierung auf 27 Prozent schrumpfen lassen, während 67 Prozent der Befragten ausdrückten, sie seien mit der Arbeit der Regierung nicht zufrieden. Dies Ergebnis, drei Tage vor dem Referendum publiziert, brachte noch einmal Unsicherheit in die Vorhersagen eines klaren Pro-Fiskalpakt-Votums.

jenigen Teil der Bevölkerung wirksam machen könnten, der durch die irische Finanzkrise besonders betroffen ist. Folglich lagen die Fiskalpakt-Gegner noch zwei Wochen vor der Abstimmung nur knapp hinter den Befürwortern.

Nach der irischen Verfassung muss die Regierung sich bei Referenden neutral verhalten. Sie muss die Kampagne für (oder auch gegen) das Projekt, über das abgestimmt werden soll, den Parteien und privaten Initiativen überlassen. Die Regierung muss die Bürger aber darüber informieren, worum es geht. Dies hat sie getan. Jeder Haushalt erhielt eine handliche Fiskalpakt-Informationsbroschüre mit dem Pakttext, aber ohne Kommentare. Der frühere Präsident des Europäischen Parlaments, Pat Cox, der der Regierung nahesteht, hatte eine private Initiative pro Fiskalpakt entwickelt, und auch die Regierungsparteien und die den Fiskalpakt befürwortende Oppositionspartei Fianna Fáil sowie die Unternehmerverbände verstärkten ihre Pro-Aktivitäten in den letzten zwei Wochen vor der Abstimmung erheblich. Hierbei standen die Argumente „mangelndes Investitionsvertrauen“ und „Nicht-Zugang zum ESM“ im Vordergrund. So verstärkte sich der Trend zum Ja in den letzten Tagen vor dem Referendum. In Umfragen lag die Zustimmung zum Fiskalpakt bereits bei knapp 60 Prozent, was die Befürworter zum Anlass nahmen, ihre Bemühungen noch mehr zu verstärken, um zu verhindern, dass die potenziellen Befürworter der Abstimmung fernblieben, da sie das Ergebnis für sicher hielten.

Für den außenstehenden Betrachter mag es befremdlich erscheinen, dass der Fiskalpakt eine solch starke Kontroverse provoziert hatte. Schließlich war Irland 2010 von der Europäischen Union (zusammen mit Portugal) unter den „Rettungsschirm“ genommen worden. Und „Dankbarkeit“ – freilich generell ein seltenes Phänomen in der Politik – hätte man auch dafür erwarten können, dass Irland in so starkem Maße von dem EU-Beitritt 1973 und lange Jahre von den EU-Fonds profitiert hatte. Trotz der Bürgerschaft der EU und des Internationalen Währungsfonds (IWF) befindet sich Irland freilich immer noch in einer wirtschaftlich, beschäftigungspolitisch und finanziell kritischen Situation, die in weiten Teilen der Bevölkerung das Referendum überschattete. Die Furcht, bei einer Ablehnung

**Trotz der Bürgerschaft der EU und IWF befindet sich Irland immer noch in einer wirtschaftlich, beschäftigungspolitisch und finanziell kritischen Situation, die das Referendum überschattete.**

des Fiskalpakts von – wahrscheinlich erforderlichen weiteren – Krediten der europäischen Institutionen (EU und Europäische Zentralbank, EZB) oder von der Möglichkeit, die Rückzahlungen zeitlich zu strecken, abgeschnitten zu werden, wurde zwar von den Fiskalpakt-Befürwortern nicht explizit angesprochen. Die Gegner freilich unterstellten, dass die Regierung dieses „Furchtargument“ implizit nutzte durch den Hinweis auf die Aussage des Pakts, dass der ESM nur den Ländern zugänglich sei, die dem Fiskalpakt zugestimmt haben.<sup>6</sup>

### ERGEBNIS DES REFERENDUMS

Ein Nein zum Fiskalpakt hätte nicht nur die im Fiskalpakt aufgeführten finanziellen Nachteile zur Folge gehabt. Für die Regierung wäre es ohne Übertreibung ein Desaster gewesen, da die Stimmung in weiten Teilen der Bevölkerung wegen der Budgetkürzungen und Steuererhöhungen zunehmend regierungskritisch geworden ist.<sup>7</sup> Dank der intensiven, aber neutral gehaltenen Information der Bürger durch die Regierung und der aktiven pro-Kampagne der befürwortenden Parteien und Institutionen wurde aber ein großes Maß an Verständnis über und für den Fiskalpakt erreicht, was den ursprünglich sehr hohen Anteil der unentschiedenen Bevölkerung (zeitweise über 50 Prozent) in der letzten Woche vor dem Referendum reduzierte. Dies ist umso bemerkenswerter, als Anfang des Jahres noch über 60 Prozent der Bevölkerung bei Befragungen angab, gegen den Fiskalpakt zu sein.

Laut offiziellem Ergebnis haben 60,3 Prozent der Bevölkerung für die Annahme des Fiskalpakts und seine gesetzliche Fixierung gestimmt, 39,7 Prozent dagegen.

**Die Bevölkerung Irlands ist mehrheitlich für die im Fiskalpakt festgelegte Haushaltsdisziplin und auch für eine tiefere Einbindung ihres Landes in die europäische Integration.**

Die ungültigen Stimmen lagen unter einem Prozent. Dies ist ein deutliches Votum und zeigt, dass die Bevölkerung Irlands nicht nur mehrheitlich für die im Fiskalpakt festgelegte Haushaltsdisziplin, sondern auch für eine tiefere Einbindung ihres Landes in die europäische Integration ist.

6 | Vgl. „Coalition played on fears of electorate, Adams (Vorsitzender der Sinn Féin Partei, Anm. d. Autors) claims“, *The Irish Times*, 02.06.2012.

7 | Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die erste Ablehnung des Lissabon-Vertrags das „Todesglöckchen“ der vorigen Regierung war.

Insgesamt beteiligte sich nur die Hälfte der Bevölkerung an der Abstimmung.<sup>8</sup> Für die Stimmenthaltungen gab es vermutlich sehr unterschiedliche Gründe. Teils mag sich die Bevölkerung trotz der wirklich guten Informationsarbeit und der intensiven Mediendiskussion nicht hinreichend informiert oder durch die im Fernsehen harsch vorgetragenen Pro- und Contra-Argumente irritiert gefühlt haben.

Bequemlichkeit, Desinteresse und Fatalismus

(„Was kann ich schon bewirken?“) könnten andere Gründe sein. Schließlich deutet eine Umfrage drei Tage vor dem Referendum bereits an, dass die Zustimmung bei ca. 60 Prozent liegen würde, für manchen Wähler ein Hinweis, nicht abstimmen zu müssen, da „die

Sache gelaufen sei“. Es mag zudem sein, dass man dieses Referendum für zu wichtig erachtete, als dass man – wie bei früheren Referenden – seine Unzufriedenheit mit der Regierung gerade hier zum Ausdruck bringen wollte, aber auch die Stärkung der Regierungsposition durch ein „zu“ positives Ergebnis vermeiden wollte.

**Eine Umfrage drei Tage vor dem Referendum deutete bereits an, dass die Zustimmung bei ca. 60 Prozent liegen würde, für manchen Wähler ein Hinweis, nicht abstimmen zu müssen, da „die Sache gelaufen sei“.**

Die Bevölkerung stimmte in 38 der 43 Wahlbezirke mehrheitlich für den Fiskalpakt. Während sich das Abstimmungsverhalten in den städtischen Wahlbezirken (Dublin, Cork, Limerick, Galway) nur wenig von demjenigen in ländlichen Bezirken unterscheidet, ist ein deutlicher Unterschied zwischen dem Abstimmungsverhalten der reicheren und weniger vermögenden Bevölkerung festzustellen.

Von Analysten wird als vorrangige Motivation für die Zustimmung zum Fiskalpakt angeführt, dass die finanzielle Situation des Landes, besonders die der Banken, wohl auch künftig den Zugang zu den europäischen Finanzquellen erfordert. Der *Fear-Factor*, also die Sorge um künftige Finanzengpässe, war nach Ansicht vieler Beobachter eine wesentliche Motivation, für den Fiskalpakt zu stimmen. Zwar befindet sich die Budgetsituation im Einklang mit den Vorgaben der „Troika“,<sup>9</sup> was aber nicht bedeutet, dass Irland, zum Beispiel bei einer weiteren Verschlechterung

8 | Bei dem zweiten Referendum über den Lissabon-Vertrag lag die Abstimmungsbeteiligung noch bei 59 Prozent mit der bereits erwähnten Zustimmung von 67,1 Prozent.

9 | Die Finanzexperten der EZB, der EU und des IWF prüfen alle drei Monate die finanzielle Situation Irlands und haben bisher anerkannt, dass Irland die Vorgaben sogar „übererfüllt“.

der weltweiten Konjunktur, ohne weitere Finanzhilfe auskommt. Dennoch sollte man das konstruktive Element, die EU mitgestalten zu wollen, nicht unterbewerten.

Tabelle 1

**Ausgewählte Ergebnisse des Referendums (in Prozent)**

Region	Abstimmungs- beteiligung	Pro Fiskalpakt	Contra Fiskalpakt
Dublin	52,4	56,3	43,7
Dublin South	57,1	75,8	24,2
Dublin South East	48,8	72,3	27,7
Dublin North West	51,9	46,8	53,2
Cork	50,9	61,0	39,0
Limmerick	48,1	66,0	34,0
Galway	47,5	60,5	39,5
Mayo*	47,8	67,2	32,8
Claire**	49,8	65,7	34,3
Sligo North**	48,0	60,3	39,7
Cavan/Monaghan**	48,8	57,6	42,4
Kerry***	47,5	62,5	37,5
Donegal****	42,2	44,3	55,7
Dun Laoghaire*****	57,2	74,2	25,8
Gesamt	50,5	60,3	39,7

\* Überwiegend ländlicher Wahlbezirk des Premierministers

\*\* Landwirtschaftlich geprägte Regionen

\*\*\* Wirtschaftlich gemischter Wahlbezirk, Tourismusregion

\*\*\*\* Nachbarschaftsprovins zu Nordirland, starker Einfluss von Sinn Féin

\*\*\*\*\* Wohlhabender Vorort von Dublin

Quelle: Amtliches Endergebnis.

Ein zweites, eher psychologisches Element, das die Wähler zum Ja veranlasst hat, ist die Situation in Griechenland. Objektiv geht es Irland wesentlich besser als Griechenland, da die wirtschaftlichen, sozialen und vor allem die politischen Strukturen trotz der Krise weitgehend in Ordnung

sind und mit den politischen, strukturellen und budgetären Problemen Griechenlands nur wenig gemein haben. Um nicht in eine Griechenland-ähnliche Situation völliger Abhängigkeit von den europäischen Partnern zu geraten – auch eine Frage des Nationalstolzes der Iren –, bedarf es, so die mehrheitliche Meinung, der Haushaltsdisziplin, die die vorige Regierung nach der Pleite von Lehman Brothers vermissen ließ.

Wahrscheinlich war mindestens bei der Mittelschicht auch der Blick ins eigene Portemonnaie ein Argument, mit Ja zu stimmen. Man möchte das, was man sich in den letzten 15 Jahren erarbeitet hat, nicht verlieren. Auch

aus persönlicher Sicht, freilich noch mehr aus Sicht der Regierung, war mit einem Ja auch die Hoffnung verbunden, die Bürgerschaftsbedingungen der EU zu erleichtern, vor allem aber die Erlaubnis der EZB zu erhalten, die

**Mit einem Ja war die Hoffnung verbunden, die Bürgerschaftsbedingungen der EU zu erleichtern, vor allem aber die Erlaubnis der EZB zu erhalten, die Bankenkrise schneller zu lösen.**

Bankenkrise schneller zu lösen. Für die Wähler mit eigenem Industrie-, Dienstleistungs- und/oder Agrarbetrieb war diese Sicht besonders ausgeprägt, da die EU für die irische Wirtschaft nach wie vor die solideste Stütze ist. Dies gilt besonders für den Agrarsektor, dessen Produktion nicht nur für den heimischen Markt, sondern ebenso bedeutsam für den Export ist.

Die Bevölkerung in den ländlichen Regionen, in denen generell ein solider, wenngleich bescheidener Wohlstand vorherrscht, stimmte mehrheitlich für den Fiskalpakt, abgesehen von der Region Donegal, in der die Partei Sinn Féin einen großen Einfluss hat. Auch in den städtischen Wahlbezirken mit überwiegend mittelständischer Bevölkerung war die Zustimmung zum Fiskalpakt eindeutig. Lediglich in den Wahlbezirken Dublin North West und Dublin South Central wurde dem Fiskalpakt die Zustimmung versagt, allerdings mit knapper Mehrheit (51 bzw. 53 Prozent). In diesen überwiegend von Arbeitern und Geringverdienern bewohnten Wahlbezirken haben die Linksparteien ihr größtes Wählerpotenzial.

In den Wahlbezirken der wohlhabenderen Bevölkerung hingegen wurde ein sehr klares Votum für den Fiskalpakt abgegeben. Die Einstellung zum Fiskalpakt ist freilich nicht nur eine Frage des Wohlstands, sondern sicherlich auch

des Bildungsniveaus. Ein besseres Verständnis für die Bedeutung des Fiskalpakts, aber auch ein politisches Votum pro Regierung und pro EU dürften den Ausschlag für ein Ergebnis von über 65, teilweise über 70 Prozent gegeben haben. Dies sollte nicht zu dem Eindruck führen, dass allein die wohlhabendere Bevölkerung für die EU und ihre Regelungen ist. Auch die große Mehrheit der links orientierten Bevölkerung ist zweifellos für die EU-Mitgliedschaft Irlands. Nicht wesentlich geringer dürfte die Zustimmung zum Euro sein. Verbreitet ist allerdings auch eine gewisse Enttäuschung darüber, dass die EU Griechenland massiv hilft, Irlands Bailout-Konditionen aber trotz „guter Führung“ nicht erleichtert. Besonders die extrem linke Sozialistische Partei nutzt die kritische bis negative Haltung der Arbeiterschaft und der Geringverdienenden zum Fiskalpakt als Argument für eine heraufziehende „Klassenspaltung“ der irischen Gesellschaft, weil „die Arbeiterklasse das am meisten betroffene Opfer der Sparkurses der Regierung“ sei.<sup>10</sup> Zweifellos hat die – von der Vorgänger-Regierung verursachte – Finanzkrise die Geringverdiener und Arbeitslosen hart getroffen, obwohl das irische Sozialsystem einen großen Teil der Probleme abfedert. Von einer „Spaltung der irischen Gesellschaft“ zu sprechen, darf jedoch getrost in den Bereich der politischen Propaganda verwiesen werden. Immerhin lag die Ablehnung des Fiskalpakts in den fünf negativ votierenden Wahlkreise „nur“ bei 51 bis 55 Prozent.

**Die Finanzkrise hat die Geringverdiener und Arbeitslosen zweifellos hart getroffen, obwohl das irische Sozialsystem einen großen Teil der Probleme abfedert.**

Interessant und für die Zukunft bedeutsamer ist die Erkenntnis, dass der Anteil der Nein-Sager bei den Jugendlichen erheblich höher liegt als bei der älteren Bevölkerung.<sup>11</sup> Dies mag teilweise auch daran gelegen haben, dass auf Facebook eine sehr einseitige „Propaganda“ gegen den Fiskalpakt vorherrschte.

10 | Vgl. Carl O'Brien, „Far stronger No vote in poorer areas suggests shift to class politics for some“, *The Irish Times*, 02.06.2012. Hier werden Vertreter der Links-Parteien zitiert, die in einzelnen Unterwahlbezirken bis zu 80 Prozent Ablehnung des Fiskalpakts festgestellt zu haben glauben.

11 | Vgl. *The Irish Times*, 01.06.2012. Hier mag sich auch der Einfluss der Partei Sinn Féin ausgewirkt haben, die sich bei Jugendlichen einer von vielen mit Sorge beobachteten steigenden Sympathie erfreut.

## IRLANDS AUF- UND ABSTIEG

Die Bedeutung des Referendums und dessen Ergebnis erschließt sich aus Irlands politischer, finanzieller und sozialer Situation. Die politische „Empfindsamkeit“ der Iren, ihr Verhältnis zur EU, besonders aber zu Großbritannien, liegt nicht zuletzt in der bewegten Geschichte des Landes.

### Kurzer historischer Rückblick

Im 17. Jahrhundert stritten sich drei Königreiche in Irland um die Vorherrschaft. Das rief die Engländer auf den Plan. Oliver Cromwell siegte für die britische Krone, zerstörte Kirchen und Klöster, drängte den Katholizismus sowie die irische Staatskultur in den Untergrund. Im Norden Irlands wurde durch massive Einwanderungen aus Schottland die Macht Englands gestärkt. Die Wirtschaft wurde in der Folge weitestgehend von englischen Adligen beherrscht, was zu einer Verarmung der breiten irischen Bevölkerung führte, die ihren Gipfel in Missernten und einer großen Hungersnot Mitte des 19. Jahrhundert hatte. Diese Umstände sowie eine massive Auswanderung in die USA, nach England, Kanada, Australien, Neuseeland und Argentinien reduzierten die ursprüngliche Bevölkerung um fast ein Drittel. Erst 1921 erlangten die Iren nach lang andauernden Guerrilla-Kämpfen gegen die Briten ihre staatliche Unabhängigkeit – um den Preis der Abspaltung Nordirlands, was bis in die 1990er Jahre zu blutigen Umständen und Terroranschlägen der Iren und ebenso harten Vergeltungsaktionen der Briten führte.

**Erst 1921 erlangten die Iren nach lang andauernden Guerrilla-Kämpfen gegen die Briten ihre staatliche Unabhängigkeit – um den Preis der Abspaltung Nordirlands.**

Die Geschichte bis zur Staatsgründung sowie die Werte der katholischen Soziallehre haben Irland bis in die 1970er Jahre geprägt. Wirtschaftlich überlagert wurde sie ab den 1980er Jahren durch das an den USA orientierte Bekenntnis zum größtmöglichen Wirtschaftswachstum. Politisch herrschte ein weitgehend ideologiefreier Pragmatismus vor. Die beiden traditionell führenden Parteien, Fine Gael (Familie oder Stamm der Iren) und Fianna Fáil (Soldaten des Schicksals), verdanken ihre Entstehung dem Kampf gegen die Briten und unterscheiden sich in ihren politischen Programmen nur in Nuancen. Eine starke sozialdemokratische Bewegung wie in Skandinavien oder in Deutschland

hat es in Irland nicht gegeben, weil sich die irischen Parteien im Wesentlichen aus Widerstandsbewegungen gegen die Engländer entwickelten und die Industrie im Verhältnis zur Landwirtschaft bis in die 1970er Jahre wenig bedeutend war. Die Labour Party stand deshalb bisher immer im Schatten der beiden großen Parteien, konnte aber als deren Koalitionspartner an der politischen Gestaltung des Landes mitwirken und hat nach der letzten Wahl 2011 erheblich an Gewicht gewonnen.

### Der Weg zum Boom

Im Jahr 1973, als Irland der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) beitrug, war das Land, gemessen am Pro-Kopf-Einkommen, das ärmste Land der Gemeinschaft. Nicht zuletzt dank der Subventionen der EWG (Strukturfonds, Sozialfonds, Entwicklungsfonds, Agrarsubventionen) gelang es, den Wohlstandsabstand zu anderen EWG-Staaten zu verringern. Entscheidend hierfür waren die Eigenanstrengungen der gut ausgebildeten Bevöl-

**Für die amerikanischen Unternehmen waren die sprachlichen Vorteile und die vergleichsweise geringe Besteuerung Anreize, Irland als „Investitions-Brückenkopf“ zu nutzen.**

kerung, die fast korruptionsfreie, sinnvolle Investition der EWG-Hilfen und die Ansiedlung US-amerikanischer und europäischer Unternehmen, die nicht nur von der guten Ausbildung und den bis in die 1980er Jahre relativ niedrigen Löhnen angezogen wurden. Speziell für die amerikanischen Unternehmen waren die sprachlichen Vorteile und die vergleichsweise geringe Besteuerung Anreize, Irland als „Investitions-Brückenkopf“ für den europäischen Binnenmarkt und den Euro-Raum zu nutzen.<sup>12</sup> Trotz eines Einbruchs Anfang der 1990er Jahre erreichte Irland 2007 nach Luxemburg das zweithöchste Pro-Kopf-Einkommen in der EU. Die Arbeitslosigkeit fiel von bis zu 20 Prozent in den 1970er Jahren auf vier Prozent im Jahr 2005. Zwischen 1995 und 1999 wuchs die irische Wirtschaft durchschnittlich um 8,6 Prozent, zwischen 2000 und 2007 jährlich um

12 | Der Steuervorteil hatte eine wesentliche Rolle bei den Investitionsentscheidungen US-amerikanischer Unternehmen gespielt. Die *Corporate Tax* in den USA liegt bei 35 Prozent, in Irland (auch zum Leidwesen der Deutschen und Franzosen) bei nur 12,5 Prozent. Wenn die USA eine Besteuerung der im Ausland von US-Unternehmen erzielten Gewinne einführt, was von Präsident Obama angekündigt wurde, dürfte sich die steuerliche Attraktivität Irlands für US-Direktinvestitionen verringern.

immerhin noch 4,3 Prozent.<sup>13</sup> Der Haushalt wies noch 2007 einen Überschuss aus. Man sprach vom Modell des „Celtic Tigers“, dem offenbar auch internationale Konjunkturerbrüche wie die Öl-, die Asien- und die Russlandkrise nur wenig anzuhaben schien.

Neben der traditionell starken Agrarwirtschaft, soweit es verarbeitete Agrarprodukte angeht, einer gleichermaßen auf den heimischen wie auf den Exportmarkt orientierten prosperierenden Pharma-Industrie und eines erfolgreichen Dienstleistungsbereichs trug der Bausektor in besonderem Maße zum Wachstum bei. Zwischen 1993 und 2001 siedelten sich ca. 300 neue, überwiegend hightech-orientierte Unternehmen in Irland an.<sup>14</sup> Positiv wirkte sich die 2007 auf 250.000 angewachsene Zahl der größtenteils gut qualifizierten Zuwanderer aus, davon viele irische und irischstämmige Rückwanderer.

**Zwischen 1993 und 2001 siedelten sich ca. 300 neue, überwiegend hightech-orientierte Unternehmen in Irland an.**

Gedämpft wurde dieser Boom allerdings durch steigende Preise, besonders im Baubereich (zwischen 2000 und 2007 in einigen Gegenden bis zu 70 Prozent), was aber durch die im privaten wie öffentlichen Bereich stark gestiegenen Löhne weitgehend kompensiert wurde. Der Mindestlohn wurde auf 8,65 Euro angehoben und war somit 2007 der nach Luxemburg zweithöchste nominale und immerhin der sechsthöchste preisbereinigte Mindestlohn in der EU. Der durchschnittliche Lohn- und Einkommensanstieg betrug zwischen 1995 und 2007 ca. 50 Prozent.<sup>15</sup> Regierung, Arbeitgeber und Gewerkschaften hatten es in diesem Boom-Klima leicht, sich auf eine Sozialpartnerschaft zu verständigen. Es entstand ein anscheinend sehr solider Mittelstand mit hoher Konsumbereitschaft. Bereits vor 2008 fehlte es

13 | Economic and Social Research Institute (ein von der Regierung finanzierter Thinktank), jeweilige Jahresberichte. Siehe auch die heute eher optimistisch anmutende Analyse von Garret Fitzgerald (ehemaliger Fine Gael-Premierminister), „Short-term pain should not blind us to bright future“, *The Irish Times*, 17.05.2008. Ähnlich argumentierte Alan Mc Quaid (Chef-Ökonom der Börsenmaklerfirma Bloxham Stockbrokers) bereits 2007 in seinem Artikel „Celtic Tiger could roar again soon“, *The Irish Times*, 21.09.2007.

14 | Vgl. Garret Fitzgerald, „What caused the Celtic Tiger phenomenon?“, *The Irish Times*, 21.07.2007.

15 | Central Statistics Office. Eine Übersicht findet sich auch in: *The Irish Times*, 04.02.2012.

nicht an – freilich eher zaghaft – mahnenden Stimmen, dass der Preisanstieg die Wettbewerbsfähigkeit immer mehr schmälere und dass die Dominanz des Bank- und Bausektors zu einer ungesunden Wirtschaftsstruktur führe. Die Zentralbank warnte ab 2007 vor einer Konjunkturüberhitzung, was jedoch die damalige, gerade wiedergewählte Regierung unter Leitung der Fianna Fáil Partei nicht alarmierte.

### **Die Bankenpleite und der Abstieg**

Die in den letzten 15 Jahren (bis 2011) regierende Fianna Fáil-Regierung fühlte sich „näher bei Boston als bei Berlin“ (so eine Ministerin), was nicht nur an den teils massiven Direktinvestitionen großer US-amerikanischer Firmen (z.B. Dell, Microsoft, Pfizer) und dem für irische Unternehmen besonders interessanten amerikanischen Absatzmarkt lag, sondern auch an der neo-liberalen Orientierung.<sup>16</sup> Im September 2008, in der unmittelbaren Folge der Lehman-Brothers-Pleite wurde auch für die letzten Optimisten

**Im September 2008 wurde auch für die letzten Optimisten klar, dass Irlands Wohlstand in beträchtlichem Ausmaß auf Sand, nämlich auf Kredit, gebaut war.**

klar, dass Irlands neuer Wohlstand in beträchtlichem Ausmaß auf Sand, nämlich auf Kredit, gebaut war. Um eine „Lehman-ähnliche“ Katastrophe zu vermeiden, garantierte die damalige Regierung „über Nacht“ alle Guthaben und Verbindlichkeiten bei den irischen Banken, was zu einer Kettenreaktion in den anderen europäischen Ländern führte. Die Bankenkrise und die ihr folgende Staatsfinanzen- und Wirtschaftskrise Irlands, die im Februar 2011 zur Abwahl der vorigen Regierung führte, hatten mehrere Gründe:

- Die Zinsen für Kredite waren – dem Beispiel der USA folgend – so billig und wurden von den Banken so „großzügig“ vergeben, dass die Bevölkerung sich in hohem Maße verschuldete, nicht nur für Investitionen, z.B. für einen Hauskauf, sondern auch für einen „neureichen“ Konsumluxus wie Reisen, große Autos, Kauf von Ferienwohnungen in südlichen Ländern etc. Nicht wenige Personen, und keineswegs nur Reiche, flogen nach New York, um – auch

16 | Zudem gibt es in den USA einflussreiche Interessenverbände von irisch-stämmigen Amerikanern, für die ein „nostalgischer Patriotismus“ sich nicht nur bei den St. Patrick's Day-Paraden äußert.

den vergleichsweise billigen US-Dollar nutzend – dort ihre Weihnachtseinkäufe zu tätigen.<sup>17</sup>

- Die Banken wurden so gut wie gar nicht mehr reguliert. Kolportiert wird die Anweisung der Regierung, die Regulierungsbehörde möge die Banken nicht zu streng beaufsichtigen.<sup>18</sup> So kam es zu wenig abgesicherten überhöhten Krediten, die dank der staatlichen, 2008 abgegebenen Bankengarantie zu einer hohen Staatsverschuldung führten. Wegen fehlender Regulierung war die wahre Situation der Banken und ihrer Kreditvergabe nur unzureichend bekannt. Einen Solidarität- und Krisenfonds der Banken gab es nicht.
- Eine steuerliche Regelung erlaubte Abschreibungen für Investitionen in den Grundstückskauf und in den Bau von Häusern. Da die Baupreise zwischen 2000 und 2007 um durchschnittlich 60 bis 70 Prozent stiegen, schien es ein lohnendes Geschäft zu sein, Gewinne aus anderen wirtschaftlichen Tätigkeiten in den Bausektor zu investieren und so nicht nur seine Gewinn- und Einkommenssteuer zu reduzieren, sondern kommende höhere Bausektorrenditen zu realisieren. Heute stehen in Irland zahlreiche Häuser und Wohnungen leer.
- Da die Kreditvergabe in Irland so gut zu funktionieren schien, haben sich die irischen Banken auch an der Immobilienfinanzierung in den USA und in Großbritannien beteiligt. Die Auswirkungen der Lehman-Krise trafen deshalb die irischen Banken doppelt.
- Es gab einen Kreis von „Eingeweihten“, die sich untereinander Geschäfte und Posten zuschoben. Dieser „Golden

17 | Völlig zu Recht in der Sache, politisch freilich kritikwürdig, nannte der neue Premierminister Enda Kenny bei dem Davos-Symposium im Januar dieses Jahres als einen der Gründe für die Krise, dass sich die „Leute wie verrückt verschuldet hatten“ („people simply went mad borrowing“).

18 | So konnte es passieren, dass der Manager der Bank A bei der von ihm geleiteten Bank einen Kredit über viele Millionen Euro aufnahm, diesen im November an die von einem „Freund“ geleitete Bank B übertrug, damit der Kredit nicht in der eigenen Bilanz erscheine, und den Kredit im Januar wieder zurück in „seiner“ Bank holte. Im Januar 2009 trat der Leiter der Finanzregulierungsbehörde zurück.

Circle“<sup>19</sup> aus Bankern, Baulöwen und Finanzspekulanten pflegte beste Beziehungen zur Fianna Fáil-Regierung. Größere Korruptionsfälle im politischen Bereich oder anstößige „Freundeseinladungen“ in großem Stil sind zwar

**Banker und Bauindustrielle haben vor dem Crash große Vermögensteile an Ehefrau, Kinder, Neffen etc. verteilt, und es ist wenig wahrscheinlich, dass die Regierung völlig ahnungslos war.**

nicht bekannt geworden. Immerhin haben Banker und Bauindustrielle vor dem Crash noch rasch große Vermögensteile an Ehefrau, Kinder, Neffen etc. verteilt, und es ist wenig wahrscheinlich, dass die vorige Regierung völlig ahnungslos war. Diese Situation macht es der 2011 gewählten Fine Gael/Labour-Regierung und der Justiz sehr schwer, die familiär transferierten Vermögen zur Abdeckung der Schulden zurückzubekommen.

- Indirekt wirkte sich auch die Steuerpolitik aus. Zwar ist die Einkommenssteuer relativ hoch (früh ansetzender Spitzensteuersatz von 42 Prozent), doch ist die Unternehmensgewinnsteuer (*Corporate Tax*) mit 12,5 Prozent so niedrig, dass nicht nur mittel- und langfristig orientierte Investoren, sondern auch Spekulanten angelockt wurden.<sup>20</sup>

Der Weg zum Boom war – neben gesunden Entwicklungen im Produktions- und Servicebereich, bei der Modernisierung der Landwirtschaft, beim Export und bei der Inlandsnachfrage – somit in beträchtlichem Ausmaß von der Spekulation mitbestimmt und von der Hoffnung, dass sich die positive Wirtschaftsentwicklung fortsetzen würde.<sup>21</sup> Die einst in der Bevölkerung stark verwurzelte Katholische Soziallehre war bei vielen durch den Wirtschaftsaufschwung verdrängt

19 | Der Think Tank for Action on Social Change (TASC) veröffentlichte 2010 eine „Landkarte“ der wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen in der irischen ökonomischen Führungsschicht. Dort wird deutlich, wie sich Manager und Aufsichtsratsmitglieder gegenseitig „ergänzten“. Dies ist in einem relativ kleinen Land verständlich, sollte aber die Aufsichtsbehörden umso aufmerksamer machen.

20 | Dies dürfte ein wesentlicher Grund gewesen sein, warum die deutsche Hypo Real Estate Holding AG die Deutsche Pfandbriefbank-Filiale DEPFA in Dublin gegründet hatte, die in erheblichem Maße zu den Verlusten der Hypo Real Estate beitrug.

21 | An der Spekulation beteiligten sich auch Teile der Mittelschicht, die glaubten, der Preisanstieg im Baubereich werde sich fortsetzen, folglich ihre Ersparnisse in Immobilien anlegten, aber für deren Kauf auch Kredite aufnahmen, deren Rückzahlung nun, nachdem die Haus- und Wohnungspreise um ca. 60 Prozent gegenüber 2007 gefallen sind und viele Wohnungen nicht mehr vermietet werden können, kaum >

worden, wozu allerdings auch ein Glaubwürdigkeitsproblem der katholischen Kirche beitrug, da immer mehr Fälle von sexuellen Entgleisungen von Priestern und deren Schutz durch die Autoritäten bekannt wurden.

## BUDGET- UND FISKALPOLITIK

Die „Ökonomisierung der Politik“, über die letztlich auch beim Fiskalpakt-Referendum abgestimmt wurde, äußert sich auch in konkreten Zahlen. Hierbei ist es wegen der sprunghaften Entwicklung weniger interessant, die Zahlen der länger zurückliegenden Vergangenheit zu betrachten. Die eigentliche Bruchstelle ist 2007. Bis zu diesem Jahr fehlte eine „Schäffersche Orientierung“, dass man in guten Zeiten für schlechtere Konjunktoren Reserven ansammeln sollte. Immerhin betrug die Verschuldung zwischen 2000 und 2007 durchschnittlich lediglich ca. 25 Prozent des Brutto-Inlands-Produkts (BIP), lag also weit unter der Maastricht-Marke von 60 Prozent.

**Bis 2007 fehlte eine „Schäffersche Orientierung“, dass man in guten Zeiten für schlechtere Konjunktoren Reserven ansammeln sollte.**

Dies änderte sich in drastischer Weise 2008, als die Fianna Fáil-Regierung es wegen der Lehman-Bank-Pleite mit der Angst zu tun bekam und die Einlagen und Kredite von sechs irischen Banken garantierte, sich auch am Kapital der Banken beteiligte und eine besonders marode Bank (Anglo-Irish Bank, AIB) voll ins Staatseigentum überführte. Ende 2011 war dadurch die Staatsverschuldung auf 107 Prozent des BIP (148 Milliarden Euro) gestiegen;<sup>22</sup> der 2007-Haushaltsüberschuss von 0,2 Prozent (2006 lag der Überschuss noch bei 3 Prozent) hatte sich 2008 in ein Defizit von 7,1 Prozent des BIP verwandelt und war 2011 auf 10,1 Prozent des BIP gestiegen. Im Mai 2010 begann die Europäische

noch möglich ist (*negativ equity*-Problem). Auch junge Unternehmensführungskräfte kauften vielfach viel zu große und viel zu teure Häuser in der Annahme, die Abzahlung werde dank ihrer beruflichen Entwicklung und der in diesem Bereich zum Teil extrem hohen Löhne problemlos gelingen. Diejenigen, die ihre Beschäftigung verloren, sind nun hoch verschuldet, da selbst ein Verkauf der Häuser wegen des Wertverlustes eine Entschuldung nicht erlaubt.

22 | Nach Angaben des Internationalen Währungsfonds, zitiert in *The Irish Times* vom 06.08.2011, beläuft sich die Gesamtverschuldung Irlands (inklusive der Privatverschuldung) auf 196 Milliarden Euro, also 43.838 Euro pro Person (Deutschland 32.499 Euro), was freilich nur zwei Prozent der Gesamtverschuldung Europas (Italien z.B. 23 Prozent) ausmacht, also innerhalb der EU zu bewältigen sein sollte.

Zentralbank (EZB) irische (und portugiesische) Staatsanleihen zu kaufen, damals mit ca. fünf Prozent verzinst. Auf dem internationalen Kapitalmarkt stiegen bis Juli 2011 die Zinsen bis auf 14 Prozent.

In der Bevölkerung entstand der Eindruck, dass die Regierung die Krise nicht würde bewältigen können, zumal die von den Banken zunächst vorgelegten Zahlen sich als stark geschönt erwiesen. Diese sich 2008/2009 ständig verschärfende Banken- und Finanzkrise, das zunehmende Misstrauen der Bevölkerung sowie der Druck der Medien und der Opposition veranlassten die Regierung im November 2010, bei der EU um Hilfe nachzusuchen. Ebenso wie Portugal war Irland gezwungen, sich von der Troika untersuchen und beraten zu lassen. Unbeeindruckt von dem Murren der Opposition und einiger Medien wegen des Verlusts an Souveränität schlüpfte die Regierung im November 2010 unter den EU-Rettungsschirm und erhielt eine Bürgschaft von 85 Milliarden Euro bei 5,8 Prozent Zinsen.<sup>23</sup> Großbritannien, das 1976 selbst durch eine IWF-Bürgschaft finanziell gestützt worden war, stellte Irland zusätzlich einen Kreditspielraum von ca. sieben Milliarden Pfund zur Verfügung.<sup>24</sup> Schweden, wie Großbritannien nicht Mitglied des Euro-Raums, bot weitere 500 Millionen Euro an.<sup>25</sup>

**Unbeeindruckt von dem Murren der Opposition und einiger Medien wegen des Verlusts an Souveränität schlüpfte die Regierung im November 2010 unter den EU-Rettungsschirm.**

Somit konnte die irische Regierung einen großen Teil der Bankschulden und des Banken-Rekapitalisierungsbedarfs zunächst abdecken und musste die sozialen Leistungen im Renten-, Gesundheits- und Bildungsbereich nicht drastisch kürzen. Zudem schuf die Regierung eine Nationale Agentur

23 | Dieser nach heutigen Verhältnissen relativ hohe Zinssatz, damals freilich immer noch günstiger als der des internationalen Kapitalmarkts, ist seitdem Gegenstand von Verhandlungen zwischen der irischen Regierung und der EU. Irland wünscht eine Reduzierung, die EU, hier speziell Deutschland und Frankreich, wollen hierfür eine Reduzierung der Steuervorteile Irlands erreichen.

24 | Dies mag auch dadurch begründet sein, dass Nordirland (als Teil Großbritanniens) etwa zwei Fünftel seiner Ausfuhren mit der Republik Irland abwickelt. Eine noch stärkere Wirtschaftskrise in Irland hätte mit Sicherheit diese nordirischen Exporte vermindert und dort Beschäftigungsprobleme hervorgerufen.

25 | Schweden war Anfang der 1990er Jahre in finanzielle Turbulenzen geraten. Die schwedische Regierung hatte deswegen Bankschulden aufgekauft, um sie später sogar mit Gewinn wieder abzustoßen. Auch Island und Lettland hatten von Schweden Hilfe bekommen.

für die Verwaltung der Bankschulden (National Asset Management Agency, NAMA), die den Banken Außenstände im Wert von 77 Milliarden Euro mit Abschlägen zwischen 30 und 50 Prozent „abkauften“. Dies geschah nach dem schwedischen Beispiel. Die kreditierten Vorhaben – Bauten, Grundstückskäufe, Unternehmenserweiterungen – sollen im Laufe der nächsten zehn Jahre verkauft werden, um dem Steuerzahler diese Gelder wieder erstatten zu können. Die Anglo-Irish Bank, wegen Managementkandalen und leichtsinniger Kreditvergabe am härtesten betroffen, wurde vom Staat zu 100 Prozent übernommen. In den Banken, an denen sich die Regierung beteiligte, wurde – ähnlich wie in anderen europäischen Ländern – ein Gehaltsmaximum festgelegt. Im öffentlichen Bereich wurden die Gehälter um 20 Prozent gekürzt und eine Verringerung des öffentlichen Dienstes durch Anreize zur Frühpensionierung ermöglicht. Einem von der Regierung geplanten Wertabschlag der privaten und staatlichen Anleihen (*hair-cut*), wie er für Griechenland beabsichtigt ist, widersetzte sich die EZB.

Die Sparmaßnahmen und eine nun restriktive Kreditvergabe führten zwischen 2008 und 2011 zur Schließung zahlreicher Kleinunternehmen und zu Entlassungen, was die Arbeitslosigkeit auf 14,7 Prozent steigen ließ.<sup>26</sup> Nach den Demonstrationen in Griechenland, Italien und Spanien schienen sich manche europäische Journalisten zu wundern, dass die Sparmaßnahmen bei der irischen Bevölkerung nur relativ geringe Proteste hervorriefen. Dies liegt keineswegs an Lethargie oder an einem „Fatalismus“ der Iren, sondern eher daran, dass

- die Bevölkerung sich bewusst war, die Regierung (viermal!) gewählt zu haben, die sie in diese Krise geführt hatte,
- die Lebensverhältnisse während der Boom-Zeit im Vergleich zu anderen europäischen Ländern als unverhältnismäßig gut eingeschätzt worden waren,

26 | Von 2000 bis 2004 war die Arbeitslosigkeit auf 4,3 Prozent gesunken und zeigte somit wie in Luxemburg die niedrigste Rate in der EU. 2007 war die Arbeitslosenquote wegen nachlassender Weltkonjunktur auf 5,5 Prozent gestiegen. Der Einbruch im Tourismus- und Dienstleistungsbereich, die Schließung von Unternehmen und die Krise in den USA ließen die Arbeitslosenquote 2008/2009 auf 14,7 Prozent hochschnellen; sie konnte bisher nur geringfügig auf 14,3 Prozent gesenkt werden.

- man vergleichsweise wesentlich schlechtere Zeiten noch sehr gut in Erinnerung hatte,
- das soziale Netz (Sozialhilfe, Arbeitslosengeld, familiäre Solidarität) noch intakt ist,
- man einer neuen Regierung eine Chance geben wollte.<sup>27</sup>

Es ist freilich nicht auszuschließen, dass es zu massiven Protesten gekommen wäre, hätte sich die vorige Regierung nicht zurückgezogen. Cum grano salis darf man sagen, dass das Verhalten der irischen Bevölkerung auch Ausdruck der Staatskultur ist, vielleicht sogar ein bisschen „katholisch“: Man hatte gesündigt, nun musste man Buße tun.

Nach dem Abschluss des Bürgerschaftsabkommens mit der EU „kapitulierte“ die Fianna Fáil-Regierung und schrieb vorgezogene Neuwahlen aus, die für die Regierungsparteien Fianna Fáil und die Grünen zu einem Desaster<sup>28</sup> wurden und einer neuen Regierungskoalition aus Fine Gael und Labour Party eine breite Mehrheit<sup>29</sup> brachten.

Die neue Regierung, die im März 2011 ihr Amt antrat, setzte den Kurs fort, den die Troika der Vorgängerregierung „vorgeschrieben“ hatte. Neben Einsparungen im öffentlichen Bereich und der Konsolidierung des Staatsbudgets gibt sie allerdings Wachstumsimpulsen eine höhere Priorität. Besonders die kleineren und mittleren Unternehmen, die unter der drastisch reduzierten Kreditvergabe der Banken litten, sollen durch Sonderkreditprogramme gestützt werden. Da der Export nach wie vor floriert – 2011 ist er um ca. 5,5 Prozent gewachsen –, die Wirtschaftsstruktur trotz der Schließung zahlreicher kleinerer Unternehmen noch wettbewerbsfähig und die Inlandsnachfrage nur mäßig reduziert ist, herrscht vorsichtiger Optimismus, dass man die Krise in absehbarer Zeit in den Griff bekommt. Ein Programm der neuen Regierung zur Schaffung von 100.000 Arbeitsplätzen klingt zwar etwas zu optimistisch, verpflichtet die Regierung aber auch, sich in

**Es herrscht vorsichtiger Optimismus, dass man die Krise in absehbarer Zeit in den Griff bekommt. Ein neues Regierungsprogramm zur Schaffung von Arbeitsplätzen verpflichtet dazu, Anreize für Investitionen zu schaffen.**

27 | Dieser anfangs sehr starke *goodwill* scheint sich inzwischen „abgenutzt“ zu haben, was bei der öffentlichen Diskussion über das Fiskalpakt-Referendum besonders deutlich wurde.

28 | Fianna Fáil verlor 57 ihrer 77 Sitze, die Green Party verlor alle Parlamentssitze.

29 | Fine Gael errang 77, die Labour Party 38 von 166 Sitzen.

verstärktem Maß um den Arbeitsmarkt<sup>30</sup> zu kümmern und Anreize für mehr Investitionen heimischer und ausländischer Firmen zu setzen.<sup>31</sup>

Die Arbeitslosigkeit ist zur Zeit sicher das schwerste Erbe der vorigen Regierung. „Künstlich reduziert“ wird dieses Problem durch die Auswanderung junger, gut ausgebildeter Iren,<sup>32</sup> ein „Ventil“, mit dem Irland seit den 1860er Jahren bis in die 1960er Jahre Erfahrungen sammeln musste.<sup>33</sup> Der Verlust qualifizierter Arbeitskräfte erschwert freilich auch die Wirtschaftserholung.<sup>34</sup>

Die Folgen der Staatsverschuldung, die sich im November 2011 auf 148 Milliarden Euro belief, wurde durch den EU-Rettungsschirm abgemildert. Die jetzige Regierung hält sich an die Vorgaben der Troika. Dadurch ist auch das Vertrauen an den Finanzmärkten wieder gestiegen.<sup>35</sup>

- 30 | Den Arbeitslosen wird nun zur Auflage gemacht, an Fortbildungsmaßnahmen teilzunehmen. Andernfalls wird das Arbeitslosengeld gekürzt.
- 31 | Die Regierung entfaltet eine intensive „Wirtschaftsdiplomatie“ in den EU-Ländern, in den USA, Indien und China. Besondere Bedeutung wurde kürzlich dem Besuch des chinesischen Vize-Präsidenten Xi Jinping gegeben, der nach den USA in Europa nur Irland einen Besuch abstattete.
- 32 | Es wird geschätzt, dass zwischen 2009 und 2011 jährlich ca. 40.000 Iren auswanderten, allerdings, wie eine nicht-systematische Befragung der Auswanderer ergab, keineswegs nur Arbeitslose, sondern in der Mehrheit junge Leute, die eine Beschäftigung in Irland hatten, die Perspektiven – besonders in Kanada, Australien und Neuseeland – aber besser einschätzten. Vgl. Fiachra Ó Cionnaith, „40,000 Irish-born people emigrated last year“, *Irish Examiner*, 28.06.2012, <http://irishexaminer.com/ireland/40000-irish-bornpeople-emigrated-last-year-198914.html> [17.06.2012].
- 33 | Dank einer im europäischen Maßstab hohen Geburtenrate, dank in den Boom-Jahren eingewanderter Mittel- und Osteuropäer und Nigerianer wurde erst 2011 wieder der Stand der Bevölkerung von 4,5 Millionen des Jahres 1861 erreicht.
- 34 | Um das Bankenengagement der Regierung zu rechtfertigen, wurde häufig die Krise Argentiniens 2000/2001 angeführt. Dabei wurde übersehen, dass Argentinien ebenso wie zuvor Schweden und später Island wegen der Möglichkeit, seine nationale Währung abwerten zu können, mehr Flexibilität besaß.
- 35 | Dies drückt sich in sinkenden Zinsen bei neuen oder erneuerten Staatsanleihen aus. Laut *The Irish Times* vom 30.01.2012 wurden am 26.01.2012 Zwei-Jahres-Anleihen in Drei-Jahres-Anleihen umgetauscht, wofür ein Zins von 5,2 Prozent bezahlt werden musste. Ziel der Regierung ist es, für Zwei-Jahres-Fälligkeiten nur noch vier Prozent, bei fünfjähriger Laufzeit fünf Prozent zu bezahlen.

Die jetzige Regierung plant folgende Maßnahmen zur Krisenbewältigung:

- Eine Budgetanpassung in Höhe von 3,8 Milliarden Euro.
- Eine Ausgabenkonsolidierung in Höhe von 2,2 Milliarden Euro, wobei die laufenden Ausgaben um 1,5 und die Kapitalkosten um 0,7 Milliarden Euro gesenkt werden sollen. Das Budgetdefizit ist dadurch bereits auf 10,1 Prozent des BIP (Vorgabe der Troika 10,6 Prozent) gesunken. Das Defizit wird laut Finanzministerium für 2012 18,9 Milliarden Euro (2011: 21,4 Milliarden Euro) betragen und soll bis 2015 auf sieben Milliarden Euro, also auf 2,9 Prozent des BIP sinken, womit der Drei-Prozent-Wert des Maastricht-Lissabon-Vertrags und des Fiskalpakts erreicht wäre.
- Zusätzliche Einnahmen von 1,6 Milliarden Euro, davon eine Milliarde Euro durch zusätzliche Steuern; seit dem 1. Januar 2012 ist die Mehrwertsteuer von 21 auf 23 Prozent angehoben und eine Haussteuer von 100 Euro eingeführt; auch die Kapitalertrags-, Energie- und Zigarettensteuer sind erhöht worden; eine Grundbesitzsteuer soll ab 2013 eingeführt werden;
- Ca. 400 Millionen Euro Einsparungen im öffentlichen Dienst durch Reduzierung des Personals um 6.000 auf 294.000 Personen;
- Arbeitsmarktverbesserung durch Kredite für mittelständische Unternehmen, 17 Milliarden Kapitalisierungsmaßnahmen und 550 Millionen Euro Investitionen in den Bereich Forschung und Entwicklung;
- Ausbau des Handels mit außereuropäischen Ländern.

Die neue Regierung hat ein schweres Erbe angetreten. Sie hat die europäische Solidarität bei der Lösung der Finanzprobleme verdient – etwa in Form verbesserter Bürgerschaftskonditionen.

Im Jahr 2011 ist erstmals seit 2007 wieder ein Wirtschaftswachstum erreicht worden (ein Prozent, siehe Tabelle 2). Nach der Wirtschaftsstruktur und dem Arbeitsverhalten der Iren zu urteilen, sind die in den Folgejahren angestrebten Wachstumsraten keine Illusion. Freilich darf nicht übersehen werden, dass die Kluft zwischen der einkommensstarken und der einkommensschwachen Bevölkerung, die sich in der Boom-Zeit stark erweitert hatte, durch dieses

verhältnismäßig bescheidene Wachstum kaum verringert werden kann, besonders wenn sich der Trend fortsetzt, dass der Export wesentlich dynamischer ist als die Inlandsnachfrage. Der Sozialpolitik kommt daher ein hoher Stellenwert zu.

Tabelle 2

**Wirtschaftsentwicklung 2011 bis 2015  
(prozentuale Veränderung)**

	2011	2012	2013	2014	2015
BIP-Wachstum	1,0	1,3	2,4	3,0	3,0
Inlandsnachfrage	-2,5	-1,3	0,0	1,0	1,2
Regierungsausgaben	-3,0	-2,2	-2,2	-2,3	-2,1
Investitionen	-11,0	-1,0	3,2	4,6	4,8
Export	4,6	3,6	4,5	4,8	4,8
Import	1,6	1,6	2,8	3,4	3,8
Inflation	1,2	1,9	1,4	1,5	1,9
Beschäftigung	-1,9	0,2	0,8	1,2	1,6
Arbeitslosigkeit	14,3	14,1	13,5	12,9	11,6

Quelle: Department of Finance, Dublin forecast, 12/2011.

Ob der negative Trend der Investitionen so rasch abgebrems werden kann, wird sehr stark vom Verhalten der Regierung und der Schaffung von Vertrauen für ausländische Investoren abhängen. Zurzeit sieht es so aus, als könne dies gelingen, was sicher auch zur positiven GesamtAbstimmung bei dem Fiskalpakt-Referendum beigetragen hat. Eine schnellere Reduzierung der auch 2015 noch hoch angesetzten Arbeitslosigkeit dürfte vor allem davon abhängen, wie erfolgreich die beruflichen Fortbildungsmaßnahmen sein werden.<sup>36</sup> Auch das generelle Erziehungswesen bedarf einer Modernisierung, wenn man mit der offenen Wirtschaft Irlands weiterhin konkurrenzfähig bleiben will. Wenn sich die Wachstumsvorhersage erfüllt, ist auch die Vorausschau auf das folgende finanzielle Regierungsverhalten realistisch (Tabelle 3).

36 | Zur Zeit wird das durch Skandale erschütterte frühere berufliche Ausbildungswesen neu gestaltet. Ergebnisse sind noch nicht erkennbar.

Tabelle 3

**Finanzielles Regierungsverhalten,  
Vorausschau 2011-2015**

	in Milliarden Euro		Prozent des BIP				
	2010	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Einnahmen	53,9	34,6	34,9	34,5	34,7	34,8	34,6
Ausgaben	102,8	65,9	44,9	43,1	42,2	39,8	37,5
Kreditaufnahme	48,8	31,3	10,1	8,6	7,5	5,0	2,9
Zinsausgaben	4,9	3,1	3,3	4,2	5,6	5,8	5,7

Quelle: Department of Finance, Dublin, 12/2011.

Die Regierung meint es ernst mit der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, was auch das klare Bekenntnis der Regierung zum EU-Fiskalpakt zeigt. Möglichkeiten, die Ausgaben weiter zu reduzieren, ohne die Sozialleistungen zu beschneiden, gibt es bei einer Restrukturierung des öffentlichen Bereichs. Ob die Ziele erreicht werden, hängt freilich nicht nur von der Regierung und auch nicht nur von der irischen Bevölkerung ab. Bei einer weniger optimistischen Einschätzung der internationalen Wirtschaftsentwicklung käme man wohl noch nicht 2015 in den Bereich der Maastricht-Kriterien. Eine Streckung der Kreditrückzahlungen und eine Senkung des Bürgschaftszinssatzes würden das Erreichen der erwähnten Zielgrößen wahrscheinlicher machen.

Neben dem Schuldenproblem genießt die Reduzierung der Arbeitslosigkeit hohe Priorität. Im Rahmen einer neuen Aktion „Pathways to Work“ werden Starthilfen für Unternehmensgründer und Beratungen für Arbeitslose durch Arbeitsvermittlungsbüros angeboten. Die Regierung subventioniert Neueinstellungen für 18 Monate und verpflichtet die Arbeitslosen zu Fortbildungsmaßnahmen und zur Annahme von Tätigkeiten, die in der Werteskala unter der früheren Tätigkeit liegen. Besonders den Langzeitarbeitslosen (mehr als 21 Monate arbeitslos) soll geholfen werden, sich wieder ins Arbeitsleben zu integrieren. Eine neue Aktion „Change Nation“ will 50 führende gesellschaftliche Innovatoren und *social entrepreneurs* aus verschiedenen Ländern zu einem Kongress in Dublin einladen, um zusätzliche Impulse für

Innovationen zu erhalten. Für jugendliche Erfinder werden die auch schon früher veranstalteten Wettbewerbe intensiviert.

Noch lassen sich die möglichen Erfolge dieser Initiativen nicht abschätzen, aber sicher wären ohne diese Initiativen die Chancen geringer, aus der Misere herauszukommen. Etwas vereinfacht gesagt gilt: „Ärmel hochkrempeln, den Gürtel enger schnallen und Initiativen entwickeln.“ Für den an der Stabilität der EU und des Euro interessierten Beobachter wirkt dies sehr positiv im Vergleich zur „Protestkultur“ in anderen hochverschuldeten EU-Staaten.

Natürlich gibt es nicht nur Befürworter dieser Politik. Die Kritik kommt besonders von sozial engagierten Kreisen, die zu Recht mehr Verteilungsgerechtigkeit einfordern und diese bisher im Regierungsprogramm vermissen. 20 bis 25 Prozent der Bevölkerung leben in diesem trotz Schuldenkrise immer noch wohlhabenden Land an der Armutsgrenze. Neben der Arbeitslosigkeit und Armut ist das wichtigste soziale Problem das Gesundheitswesen, das seit Jahren nicht mehr den Erfordernissen einer modernen und überwiegend wohlhabenden, aber auch alternden Gesellschaft entspricht. Gleichfalls nicht positiv bewertet werden können die Einsparungen der Regierung im Bildungsbereich. Auch die politische Struktur bedarf einer Modernisierung. Die Abschaffung des gremial besetzten Senats, mehr und mehr ein Relikt der Vergangenheit, wird seit Langem gefordert ebenso wie die Verkleinerung des Parlaments und die Modernisierung der Ministerien, deren Fachkompetenz durch direkte Berater der Minister und des Premierministers ergänzt wird.<sup>37</sup>

**Neben Arbeitslosigkeit und Armut ist das wichtigste soziale Problem das Gesundheitswesen, das seit Jahren nicht mehr den Erfordernissen einer überwiegend wohlhabenden, aber auch alternden Gesellschaft entspricht.**

## AUSWIRKUNG DES REFERENDUMS

Das Ergebnis des Fiskalpakt-Referendums zeigt deutlich, dass sich die Iren der Probleme bewusst sind, die in den letzten Jahren nicht nur von ihren Regierungen und von Teilen der Wirtschaft, vorrangig der Banken, sondern auch

37 | Traditionell lassen sich die Minister durch Berater unterstützen. Die neue Regierung hat zwar die früher exorbitant hohen Gehälter dieser Berater beschnitten, gibt aber immer noch jährlich ca. 3,2 Millionen Euro für diese aus. *The Irish Times*, 28.01.2012.

**Die jetzige Regierung wird von einem ernsthaft um die Lösung der Probleme bemühten Premierminister geführt, der von einem allem Anschein nach sehr effektiven Kabinett unterstützt wird.**

von ihnen selbst als Wähler und Konsumenten geschaffen worden sind. Die jetzige Regierung wird von einem ernsthaft um die Lösung der Probleme bemühten Premierminister geführt, der von einem allem Anschein

nach sehr effektiven Kabinett unterstützt wird, in dem problemgemäß dem Finanzminister und der Sozialministerin eine herausragende Rolle zukommt. Die Koalition funktioniert offenbar gut. Wenn die veröffentlichte Meinung – die Medien in Irland sind generell recht kritisch – richtig ist, so kann man auch in der näheren Zukunft eine effektive Regierungsarbeit erwarten.

Auch von der Privatwirtschaft gehen positive, wenn auch noch nicht ausreichende Impulse aus. Mehrere Investoren haben ihr Engagement in Irland erweitert. Gemäß dem Schweizer *World Competitiveness Yearbook* hat sich Irland auf den 20. Platz in der „Weltrangliste“ verbessert, weist zwar bei der Kreditvergabe erhebliche Schwächen auf, liegt aber, was die Qualifikation und Flexibilität der Arbeitskräfte, die Investitionsanreize und die Offenheit gegenüber dem Weltmarkt angeht, in der Spitzengruppe.<sup>38</sup>

In finanz- und wirtschaftspolitischer Hinsicht ist die Regierung bisher auf gutem Wege, wie auch die letzte Troika-Evaluierung im April bezeugte. Auch wenn ein Teil der Bevölkerung möglicherweise bei ihrem Abstimmungsverhalten von der Sorge geleitet war, dass Irland weitere Hilfen der EU benötigt, so zeigt das Ergebnis des Referendums auch, dass man den bisherigen Kurs der Regierung – Kostensenkung und Wachstumsimpulse – stützen will. Eine Mahnung, sich noch mehr um die Sozialpolitik zu kümmern, ist allerdings gleichfalls aus dem Votum abzuleiten. Die wirtschaftliche Erholung wird in der vorgesehenen Zeit, also etwa bis 2020, nur gelingen, wenn die Kluft zwischen der ärmeren und reicheren Bevölkerung reduziert und das Bildungswesen sowie die berufliche Bildung weiter verbessert werden.

Sicher wird dieses Referendum nicht das letzte Europa-bezogene sein, wenn die Bemühungen um eine tiefere finanzielle, wirtschaftliche und soziale Integration Europas fortgesetzt werden und es nicht zu einer Spaltung der Euro-Zone kommt. Die Iren dürften noch mehrmals Gelegenheit

<sup>38</sup> | Vgl. *The Irish Times*, 01.06.2012.

bekommen, sich direkt zu Europa-bezogenen Fragen und dem jeweiligen Kurs der Regierung zwischen den Wahlen zu äußern. Der bei einer tieferen europäischen Integration zwingend notwendige weitere Souveränitätsverlust wird sicher wiederum für politische Irritationen, besonders seitens der Sinn Féin-Partei, sorgen. Diesem Argument kann am besten mit einer Reduzierung der finanziellen Abhängigkeit von den EU- und EZB-Mitteln, also mit einer finanziellen Konsolidierung begegnet werden. Auf diesem Wege kann dem Land mehr durch eine Milderung der 2010 festgelegten EU-Bürgschaftskonditionen als durch zusätzliche Mittel geholfen werden. Vielleicht wird ein nächster EU-Fiskalpakt ja nicht nur die Möglichkeit von Bestrafungen, sondern auch die von Belohnungen für eine vernünftige Finanzpolitik enthalten.